

Medienmitteilung

Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September 2017

Berner KMU sagt NEIN zur unfairen Altersreform

Die Bernische Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, hat für die beiden Abstimmungsvorlagen vom 24. September 2017 zweimal die NEIN-Parole gefasst: Sie lehnt sowohl die teure und ungerechte Scheinreform der Altersvorsorge, sowie den unnötigen Bundesbeschluss zur Ernährungssicherheit grossmehrheitlich ab.

Am 24. September 2017 stehen mit der Altersvorsorge 2020 und der Ernährungssicherheit zwei nationale Themen auf der Abstimmungsagenda.

- **NEIN zur Altersreform 2020**

Die Gewerbekammer stimmte grossmehrheitlich gegen die teure Ausbauvorlage. Referent und Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv) Kurt Gfeller zeigte die Nachteile klar auf: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Lohnprozentenerhöhung und die Streichung des Rentnerfreibetrags würden einmal mehr vor allem die KMU-Wirtschaft schmerzen. Die Leistungen der AHV nach dem Giesskannenprinzip auszubauen ist unverantwortlich und geht zu Lasten der kommenden Generationen. Die Herausforderungen der Altersvorsorge werden mit dieser Scheinreform nicht gelöst. Zudem ist die Finanzierung unseriös, denn trotz der massiven Mehrkosten müssten die Mehrwertsteuersätze bereits um 2025 wieder erhöht werden. Auch die Lohnbeiträge müssten nach 2030 mindestens noch einmal um weitere 0,3 Prozent angehoben werden. Ein weiteres wichtiges NEIN-Argument für die Gewerbekammer ist die Schaffung einer Zweiklassen-AHV. Die heutigen Rentner werden über die Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten, gehen aber dann bei Erhöhung der AHV-Beiträge leer aus.

- **NEIN zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit**

Für die Gewerbekammer war klar, dass der heutige Agrarartikel 104 der Bundesverfassung eine ausreichende und gute Basis für eine auf die Zukunft ausgerichtete Agrarpolitik ist. Der Verfassungstext zur Unterstützung des ressourcenschonenden Konsums von Lebensmittel ist verfehlt und unnötig. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen betonte in seinem Referat, dass die Vorlage ein unnötiger Freipass für eine weitere Bevormundung der Konsumenten sei. Er zitierte als Fazit für ein NEIN den französischen Schriftsteller Montesquieu: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen».

Für zusätzliche Auskünfte:

Christoph Erb, Direktor Berner KMU, 079 215 34 66
Toni Lenz, Präsident Berner KMU, 079 651 35 42

15. August 2017